

# Krieg in der Ukraine – eine Zeitenwende

## Die Reaktionen der deutschen Politik



### Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022

In seiner Rede zählt Bundeskanzler Olaf Scholz „Handlungsaufträge“ auf:

5 „**Erstens**. Wir müssen die Ukraine in dieser verzweifelten Lage unterstützen. [...] In Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol verteidigen die Menschen nicht nur ihre Heimat. Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie, für Werte, die wir mit ihnen teilen. [...]

10 Am Donnerstag hat Präsident Putin mit seinem Überfall auf die Ukraine eine neue Realität geschaffen. Diese neue Realität erfordert eine klare Antwort. Wir haben sie gegeben: Wie Sie wissen, haben wir gestern entschieden, dass Deutschland der Ukraine Waffen zur Verteidigung des Landes liefern wird. Auf Putins Aggression konnte es keine andere Antwort geben.

15 Meine Damen und Herren, unser **zweiter** Handlungsauftrag ist, Putin von seinem Kriegskurs abzubringen. Der Krieg ist eine Katastrophe für die Ukraine. Aber der Krieg wird sich auch als Katastrophe für Russland erweisen.

20 Gemeinsam mit den EU-Staats- und -Regierungschefs haben wir ein Sanktionspaket<sup>1</sup> von bisher unbekanntem Ausmaß verabschiedet. Wir schneiden russische Banken und Staatsunternehmen von der Finanzierung ab. Wir verhindern den Export von Zukunftstechnologien nach Russland. Wir nehmen die Oligarchen<sup>2</sup> und ihre Geldanlagen in der EU ins Visier. Hinzu kommen die Strafmaßnahmen gegen Putin und Personen in seinem direkten Umfeld [...]. Und wir schließen wichtige russische Banken vom Bankenkommunikationsnetz SWIFT<sup>3</sup> aus. [...]

25 Meine Damen und Herren, die **dritte** große Herausforderung liegt darin, zu verhindern, dass Putins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift. Das bedeutet: Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO<sup>4</sup>. Das habe ich auch unseren Alliierten in Mittel- und Osteuropa gesagt, die sich um ihre Sicherheit sorgen. Präsident Putin sollte unsere Entschlossenheit nicht unterschätzen, gemeinsam mit unseren Alliierten jeden Quadratmeter des Bündnisgebietes zu verteidigen. Wir meinen das sehr ernst. Mit der Aufnahme eines Landes in die NATO ist unser Wille als Bündnispartner  
30 verbunden, dieses Land zu verteidigen, und zwar so wie uns selbst. Die Bundeswehr hat

---

<sup>1</sup> Sanktionen sind Strafmaßnahmen von Ländern gegen andere Länder.

<sup>2</sup> Oligarchie heißt "Herrschaft von wenigen". Russische Oligarchen sind sehr reiche Personen, die ihren Reichtum nutzen, um Einfluss auf die Politik auszuüben.

<sup>3</sup> Swift ist ein System, das es Banken möglich macht, bei internationalen Überweisungen sicher zu kommunizieren. Der Ausschluss vieler russischer Banken bedeutet, dass diese praktisch nicht mehr am globalen Finanzsystem teilnehmen können, also keine Überweisungen vom oder ins Ausland tätigen können.

<sup>4</sup> Die NATO ist ein Militärbündnis von 30 „westlichen“ Staaten (u.a. USA, europäische Länder). Beistandspflicht bedeutet, dass alle Mitgliedsstaaten ein Mitgliedsland verteidigen, falls es angegriffen wird.

# Krieg in der Ukraine – eine Zeitenwende

## Die Reaktionen der deutschen Politik



ihre Unterstützung für die östlichen Bündnispartner bereits ausgeweitet und wird das weiter tun. [...]

35 Und das ist mein **viertes** Anliegen, meine Damen und Herren. [...] Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. [...]

Wir müssen uns daher fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft? Klar ist: Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. Das ist eine große  
40 nationale Kraftanstrengung. Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt. [...]

Aber machen wir uns nichts vor: Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal - das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen Bundeswehr einrichten. [...] Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100  
45 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen. Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren<sup>5</sup>. [...]

Und schließlich, meine Damen und Herren, werden wir mehr tun, um eine sichere Energieversorgung unseres Landes zu gewährleisten. [...] Und wir werden umsteuern -  
50 umsteuern, um unsere Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten zu überwinden. Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen haben uns doch gezeigt: Eine verantwortungsvolle, vorausschauende Energiepolitik ist nicht nur entscheidend für unsere Wirtschaft und unser Klima, sondern entscheidend auch für unsere Sicherheit. Deshalb gilt: Je schneller wir den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben, desto besser. [...]

55

Quelle: Regierungserklärung von Olaf Scholz am 27.2.2022, Deutscher Bundestag, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (Abruf am 01.03.2022)

### Arbeitsaufträge:

- Fasse die einzelnen Abschnitte der Rede in eigenen Worten zusammen.
- Die Rede wurde von vielen als „historisch“ bewertet. Diskutiert, welche Aspekte so bedeutsam sind und warum.

<sup>5</sup> 2%-Ziel: Die NATO- Staaten hatten vereinbart, dass jedes NATO-Mitglied pro Jahr 2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgibt. Deutschland wird seit langem von seinen internationalen Partnern, besonders den USA, kritisiert, da es dieses Ziel nicht erreicht.

### Mögliche Lösungen und Hintergrundinformationen

1. Fasse die einzelnen Abschnitte in eigenen Worten zusammen.
  - Erster Handlungsauftrag (Zeile 5 – 12): Unterstützung der Ukraine: Deutschland liefert der Ukraine Waffen
  - Zweiter Handlungsauftrag (Zeile 13 – 22): Konsequenzen für Putin bzw. Russland: Sanktionen der EU: Finanz- und Exportsanktionen; Sanktionen gegen Oligarchen; Ausschluss wichtiger Banken aus SWIFT
  - Dritter Handlungsauftrag (Zeile 23 – 32): Verhinderung der Ausweitung des Kriegs auf NATO-Gebiet: Bekenntnis zur NATO; Bundeswehr unterstützt NATO-Staaten, die an Ukraine angrenzen
  - Vierter Handlungsauftrag (Zeile 33 – 54): Aufrüstung: Deutschland wird mehr Geld in die Bundeswehr investieren: „Sondervermögen Bundeswehr“ über 100 Milliarden Euro; jährlich mehr als 2 % des BIP für Verteidigungsausgaben; Ende der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas: Ausbau der erneuerbaren Energien
2. Die Rede wurde von vielen als „historisch“ bewertet. Diskutiert, welche Aspekte so bedeutsam sind und warum.

*„Wie Sie wissen, haben wir gestern entschieden, dass Deutschland der Ukraine Waffen zur Verteidigung des Landes liefern wird.“ (Zeile 9 – 11)*

- Deutschland lieferte bis dahin grundsätzlich keine Waffen in Krisengebiete
- Grundlage dafür sind die „Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ (entwickelt Januar 2000; keine rechtlich bindende Wirkung, aber Selbstverpflichtung). In Abschnitt II, Absatz 7 heißt es: „Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht [...].“
- Waffenlieferungen an die Ukraine wurden mit diesem Argument bis zum 27.2. strikt abgelehnt. Zudem wurde die deutsche Geschichte als Grund angeführt > die Entscheidung, angesichts des russischen Angriffskriegs die Ukraine doch mit Waffen zu unterstützen kann als „historisch“ gelten
- Kritik: Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt und beliefert viele Staaten, die in Kriege verwickelt sind, u.a. Ägypten, das im Krieg im Jemen kämpft [vgl. z.Bsp: <https://www.dw.com/de/faktencheck-deutschland-liefert-doch-waffen-in-krisengebiete/a-60667432> (Aufruf am 04.03.22)]

*„Und wir schließen wichtige russische Banken vom Bankenkommunikationsnetz SWIFT aus.“ (Zeile 21 – 22)*

- Deutschland geriet international zunehmend unter Druck, dem Ausschluss russischer Banken aus SWIFT zuzustimmen.

# Krieg in der Ukraine – eine Zeitenwende

## Die Reaktionen der deutschen Politik

- Argumente dagegen waren u.a.: Negative Folgen für deutsche Banken: Kredite können nicht mehr zurückgezahlt werden; Abhängigkeit von russischen Energielieferanten: Gas- und Öllieferungen können nicht mehr bezahlt werden (40% des deutschen Gasbedarfs kommt vom russischen Energielieferanten Gazprom); Kollateralschäden: auch humanitäre Hilfe, Nicht-Regierungs-Organisationen, die russische Opposition o.ä. sind betroffen
- Deutschland galt als zögerlich und als Bremser sehr harter Sanktionen, deshalb kann die Entscheidung, den SWIFT-Ausschluss zu unterstützen, als „historisch“ gelten (auch wenn der Ausschluss nicht alle russischen Banken betrifft und die Gaslieferungen weiterhin bezahlt werden können.).

„Wir werden dafür ein Sondervermögen Bundeswehr einrichten.“ (Zeile 43 – 44)

60

- Der Bundeswehr wurde nach dem Ende des Kalte Kriegs auf heute ca. 180.000 Personen verkleinert und stark umgebaut. Im Fokus stand nicht mehr die Landesverteidigung, sondern Auslandseinsätze, wie z. Bsp. in Afghanistan.
- Die Ausgaben für Verteidigung sanken seit den 90er Jahren. Seit der Krim-Annexion 2014 wird die Landesverteidigung und Bündnisfähigkeit wieder stärker diskutiert. 2005 gab Deutschland 33,3 Milliarden für Militärausgaben aus. 2020 waren es 52,8 Milliarden, das sind 1,4% des BIPs.
- Trotz der hohen Summen leidet die Bundeswehr unter einem enormen Investitionsstau. Das liegt u.a. daran, dass ca. 50% des Wehretats für Personal und laufende Kosten ausgegeben werden müssen, dass das veraltete Gerät große Wartungskosten verursacht und dass das Beschaffungswesen kompliziert und langsam ist.
- Trotz der bekannten Probleme der Bundeswehr und der jahrelangen Kritik der Verbündeten an Deutschlands mangelnder Einsatzfähigkeit und dem Nicht-Erreichen des 2%-Ziels der NATO, waren höhere Ausgaben für die Bundeswehr politisch sehr umstritten und kaum durchsetzbar.
- Deutschland sieht sich, insbesondere aufgrund seiner historischen Verantwortung für zwei Weltkriege, als pazifistisches Land und versucht eine Beteiligung an Militäreinsätzen möglichst zu vermeiden.
- Deshalb kann die Entscheidung, ein „Sondervermögen“ einzusetzen und das 2%-Ziel der NATO sogar übererfüllen zu wollen, als „historisch“ gelten